

Swico warnt vor Recycling-Verstaatlichung

Swico befürchtet durch die bundesrätliche VREG-Revision eine schrittweise Verstaatlichung des Recycling-Systems. Zudem werde das Trittbrettfahrer-Problem nicht gelöst.

Text: Alina Brack

«Die Pionierleistung von Swico in Sachen Recycling und für die Umwelt ist in akuter Gefahr.» Swico-Geschäftsführerin Judith Bellaiche fand anlässlich einer Pressekonferenz zur geplanten Revision der Verordnung über die Rückgabe, die Rücknahme und die Entsorgung elektrischer und elektronischer Geräte (VREG) deutliche Worte. Swico habe über all die Jahre mit der moderaten vorgezogenen Recyclinggebühr ein Ökosystem etabliert, das es den Konsumenten ermögliche, ihre Geräte unkompliziert und sauber zu entsorgen. Zudem sei das System nachhaltig finanziert und beschäftige über 1000 Menschen im sekundären Arbeitsmarkt. «Mit der schweizweiten Quote von 95 Prozent sind wir Weltmeister im Recycling elektrischer und elektronischer Geräte», so Bellaiche. Zum Vergleich: In Europa liegt diese Quote bei 35 Prozent, weltweit gar nur bei 20 Prozent.

Staat will übernehmen

Nun drohe diesem symbiotischen System die schrittweise Verstaatlichung. Mit der VREG-Revision werde ein Staatsapparat geschaffen, der dieses funktionierende privatwirtschaftliche System abschaffe. Der Bundesrat hat die entsprechende Motion des Ständerats zwar als massive Aufblähung des administrativen Apparates ohne zusätzlichen Nutzen bezeichnet, die Motion unter den drei Bedingungen «optimiertes System, erfassen ausländischer Online-Händler (Trittbrettfahrer) und möglichst geringer administrativer Aufwand» dennoch überwiesen.

Laut Bellaiche erfüllt die Vorlage des Bundesra-

tes nun aber keine der drei Bedingungen. Denn geplant ist eine staatliche Organisation, die das gesamte Recyclingwesen hoheitlich regelt, Aufträge an öffentliche und staatliche Betriebe über- und die Tarife vorgibt.

Ungelöstes Trittbrettfahrer-Problem

Wirtschaftspolitisch bedeute die Revision einen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit, eine Diskriminierung von privaten Branchenlösungen, biete keinen ökologischen Mehrwert, treibe einen Keil zwischen Hersteller und Recycling-System und Sorge für freie Fahrt für Trittbrettfahrer. Und gerade bei diesen ausländische Online-Händlern, die ihre Ware in die Schweiz liefern, sich aber nicht an den Entsorgungskosten beteiligen, besteht grosser Handlungsbedarf. So erklärt etwa Roland Brack, CEO der Competec-Gruppe rund um Alltron und Brack.ch, dass man mit der vorgezogenen Recycling-Gebühr seine unternehmerische Verantwortung wahrnehme. Bei einer staatlichen Organisation werde man derweil unflexibler, zudem löse die Revision das dringende Problem der Trittbrettfahrer nicht.

Ins selbe Horn bläst auch Christoph Solenthaler, Inhaber von Sorec Recycling: «Eine Revi-

sion, die Probleme schlechter löst als das aktuelle

System, taugt nichts.» Zudem sei für das Vorhaben des Bundesrates eine Anpassung des Umweltschutzgesetzes notwendig, sonst könnte man die Vorgaben gar nicht umsetzen. Und Christian Zeyer, Direktor des Wirtschaftsverbandes Swisscleantech, ist der Ansicht, dass ein Entsorgungssystem eine taugliche Umweltleistung braucht sowie finanzielle Stabilität. «Beide Faktoren erfüllt das bestehende System, weshalb man dieses so weiterlaufen lassen kann», so Zeyer.

Hoffnung legt man bei Swico in einen alternativen Weg. So hat der Wirtschaftsverband zusammen mit der Stiftung Sens E-Recycling und der Stiftung Licht Recycling Schweiz (SLRS) ein Bündnis zu Gunsten einer nachhaltigen Lösung geschlossen, bei welchem das Trittbrettfahrerproblem zuoberst auf der Agenda steht. «Der Bundesrat muss uns nun eine Möglichkeit geben, unser Anliegen zu präsentieren», so Bellaiche. ■



Als Verband, der nicht von Herstellern unabhängig ist, kann Swico laut Geschäftsführerin Judith Bellaiche nicht als staatliche Organisation eingesetzt werden, die sich künftig um das Recycling kümmern soll.